

228



2 Wochen
1 Fazit

Quo vadis deutsche Suchtpolitik? Tabak-Verbot **NEIN**.
Aromen-Verbot **JA!**?



1. Zusammenfassung und Trends

	Kurzübersicht	Trend
	<p>Koalition (SPD, FDP, B90/Die Grünen): Die Koalition handelt widersprüchlich. Einerseits ist man für die Cannabislegalisierung und gegen ein Tabakverbot. Andererseits wollen die Grünen ein Aromenverbot bei E-Zigaretten erreichen. Das grünen-geführte BMEL fasst eine Verordnungsänderung ins Auge. Die Koalition lehnt ein Tabakverbot ab, da dies ein Cannabisverbot nach sich ziehen würde. Die SPD positioniert sich im Europawahlkampf kritisch zum Dampfen.</p>	
	<p>Opposition (CDU, CSU, Die Linke, BSW): Auch die Opposition lehnt ein Tabakverbot nach britischem Vorbild ab. Die Linke fordert ein strikteres Werbeverbot und den alleinigen Verkauf von Tabak in Fachgeschäften. Bei dieser Idee scheint es, als habe Die Linke ein Lizenzsystem im Auge.</p>	
	<p>Bundesrat, Bundesländer: Die Länder befassen sich derzeit nicht öffentlich mit tabakpolitischen Themen. Zumindest auf der Fachebene soll das Vorhaben der Grünen, ein Aromenverbot mittels Verordnung (bei der die Länder zustimmen müssten) bekannt sein. Diese Frage wird noch nicht auf der politischen Ebene diskutiert.</p>	
	<p>EU, Europa, Übersee: Die britische Debatte nach einem kompletten Tabakverbot wird international wahrgenommen und auch in Deutschland rege diskutiert. Die europäischen Staaten treiben ihre Regulierungen zu Harm Reduction-Produkten wie Pouches und E-Zigaretten voran.</p>	
	<p>Fachcommunity, Wettbewerb: Die WHO warnt erneut vor dem verbreiteten Konsum von E-Zigaretten durch Jugendliche. Eine Studie ergab, dass der komplette Wechsel zum Dampfen das Sterblichkeitsrisiko senkt. Während Schweizer Suchtexperten auf die E-Zigarette wechseln, kommen skeptische Worte von ihren deutschen Kollegen.</p>	
	<p>Medien: Die Medien berichten breit über den britischen Plan zur Tabak-Regulierung und der damit verbundenen Debatte in der deutschen Politik. Daneben befassen sie sich mit dem neuen WHO-Bericht. Daneben bleiben Gesundheitsrisiken, Jugendkonsum und Regulierungen in anderen Staaten Medienthemen.</p>	
<p>Legende: Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.</p> <p>  Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise) </p>		

30

SEKUNDEN FAKTEN

3,3 Mrd. €

Steuerschaden im Jahr in Großbritannien durch illegale Tabak-Zigaretten

80 Prozent

der britischen Raucher haben 2023 Schwarzmarkt-Zigaretten gekauft

36 Prozent

Reduzierung des Sterblichkeitsrisikos durch den vollständigen Wechsel von Tabak auf E-Zigaretten

8,5 Prozent

aktueller Anteil der durch medizinischen Rat ausgelösten Tabak-Stopps in Großbritannien – 8 Prozentpunkte weniger als bis 2020

Quelle: conveniencestore.co.uk, science-direct.com, bmj.com

Wichtige Inhalte auf einen Blick

- 1) [BMEL fasst Aromenverbot ins Auge](#)
- 2) [Abgeordnete zum Tabak-Verbot](#)
- 3) [WHO warnt erneut vor E-Zigaretten](#)
- 4) [Regulierung in EU-Staaten geht weiter](#)
- 5) [Neue EU-Gesetzgebung](#)
- 6) [Wechsel zur E-Zigarette senkt Sterblichkeitswahrscheinlichkeit](#)
- 7) [Studie zur Motivation zum Tabak-Stopp](#)

5

Anzahl der Sitzungswochen bis zur nächsten Parlamentspause

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

„Krebs kriegt man durch den Verbrennungsprozess beim Rauchen. Das ist ein Risiko – sowohl beim Rauchen von Zigaretten als auch beim Kiffen. Beim Cannabis-Rauchen wird dieses Risiko billigend in Kauf genommen.“

Dr. Gernot Rücker (Uniklinik Rostock),
18.04.2024, [bild.de](https://www.bild.de)

Datum: 25.04.2024, 23.04.2024, 18.04.2024, 15.04.2024

Meldung: Es erhärten sich die Anzeichen, dass die Grünen einen erneuten Vorstoß für ein Menthol-/Aromenverbot vorantreiben. Das BMEL soll eine Verordnungsänderung ins Auge fassen. Ein Zeithorizont solle nicht vorliegen. In seiner Kritik an Menthol/Aromen soll es sich auf BfR-Stellungnahmen stützen. Das BfR hat sich seit 2008 mehrmals kritisch zu diesem Thema geäußert. Mit diesem Vorgehen würden die Grünen den Bundestag umgehen, in dem es derzeit keine Mehrheit für ein solches Verbot gibt. Eine Verordnungsänderung würde jedoch der Zustimmung der Bundesländer bedürfen. Die lehnten [2017](#) ein Mentholverbot ab.

Der Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert (SPD) fordert anlässlich der aktuellen Diskussion in Großbritannien eine striktere Tabak-Regulierung in – insbesondere ein strenges Werbe- und Sponsoringverbot. Blienert verweist auf den Koalitionsvertrag. Er ermuntert Konsumenten mit dem Rauchen und Dampfen aufzuhören und verweist auf aktuelle Ausstiegsprogramme.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) lehnt ein Tabak-Verbot nach britischem Vorbild ab. Verbote würden gerade für junge Menschen oft nicht wirken, so der Minister. Er setzt auf verstärkte Aufklärung und eine bessere Unterstützung bei der Tabak-Entwöhnung durch die Krankenkassen, nicht nur bei schwerer Nikotinabhängigkeit.

Ablehnung kommt auch von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Erwachsene sollten selbst bestimmen, was sie konsumieren wollen und was nicht, so Buschmann.

Lauterbach will die Zahl der Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Deutschland künftig durch Vorsorge-Gutscheine senken. Dafür sollen auch die Angebote zur Tabak-Entwöhnung ausgebaut werden. *„Wenn die Ärzte ein Honorar dafür bekommen, eine Rauch-Entwöhnung anzubieten. Dann kann das schon etwas werden. Dann bewegen wir die Leute“*, so der Minister.

DKFZ und WHO fordern die Bundesregierung zum Handeln gegen Tabak auf. Aus der Reihe der NGOs kommt die Forderung nach mehr Nichtraucherschutz, einer Erhöhung der Tabak-Steuer sowie die Beschränkung des Verkaufs auf lizenzierte Fachgeschäfte. Sie kritisieren die Zurückhaltung von Vertretern der Regierungskoalition ggü. einer strengeren Tabak-Gesetzgebung.

Die Einnahmen durch die Tabak-Steuer ging im März 2024 um rund 36 Prozent zurück. Jedoch gab es laut dem Bundesfinanzministerium im Vormonat ein starken Einnahmezuwachses. Bei kumulierter Betrachtung veränderte sich das Aufkommen der Tabaksteuer im 1. Quartal 2024 nur unwesentlich gegenüber dem 1. Quartal 2023.

Quelle: [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), [welt.de](https://www.welt.de), [bild.de](https://www.bild.de), [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de), [t-online.de](https://www.t-online.de), [goslarsche.de](https://www.goslarsche.de), [pnp.de](https://www.pnp.de), [rnd.de](https://www.rnd.de), [bundesdrogenbeauftragter.de](https://www.bundesdrogenbeauftragter.de), [twitter.com](https://www.twitter.com), [twitter.com](https://www.twitter.com), [bundesfinanzministerium.de](https://www.bundesfinanzministerium.de), Hintergrundgespräch

2.2. Bundestag und Parteien

Die SPD hat auf unsere Wahlprüfsteine geantwortet. Sie positioniert sich kritisch zur E-Zigarette und verweist u.a. auf die WHO. Die Partei ist für Aromenverbote und will alle nikotonhaltigen Produkte gleich regulieren. Ihr findet die Antworten auf tabakfrei.org.

Datum: 18.04.2024, 15.04.2024, 12.03.2024

Meldung: Der britische Plan, Tabak-Rauchen langfristig zu untersagen, stößt in Deutschland auf ein geteiltes Echo. Die drogenpolitische Sprecherin der Grünen, MdB Linda Heitmann, sieht ein völliges Tabak-Verbot skeptisch. Sie fordert hingegen ein totales Werbeverbot für alle Nikotin-Produkte und das Schließen bestehender Regulierungslücken (z.B. Werbung am PoS, kostenfreie Proben bei Festivals). Zudem plädiert sie bei E-Zigaretten für ein Verbot von Aromen und Disposables sowie bunter Verpackungen.

Heitmann fordert zusammen mit ihrer Fraktionskollegin Tabea Rößner in einem Schreiben an die EU-Kommission: „*Influencer-Marketing muss strenger reguliert werden, einschließlich des Verbots der Werbung für bestimmte Produktarten.*“

MdB Janosch Dahmen (Grüne), gesundheitspolitischer Sprecher erklärt: „*Wir Grünen lehnen ein Rauchverbots-Gesetz nach britischem Vorbild ab.*“ Verbote führten zu keinem Ende des Konsums. Es brauche mehr Prävention, weniger Orte, wo Rauchwaren verkauft werden und eine höhere Tabak-Steuer.

Auch der CDU-Gesundheitspolitiker Tino Sorge (MdB) zeigt sich auch skeptisch und verweist auf die gerade beschlossene Cannabis-Legalisierung. MdB Ates Gürpınar, drogenpolitischer Sprecher von Die Linke, ist für ein strenges Werbeverbot für Tabak-Produkte und den Verkauf nur in bestimmten Fachgeschäften.

Quelle: tagesspiegel.de, bild.de, procontra-online.de, tabea-roessner.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Aus den Medien

Die deutschen Medien berichten ausführlich über die britische Debatte über eine striktere Tabak-Regulierung und die Reaktionen in der deutschen Politik. Dabei gibt es kritische Worte aus den Reihen der Krankenkassen und Gesundheitsexperten zur unterschiedlichen Behandlung von Tabak (Forderungen nach mehr Regulierung) und Cannabis (Legalisierung, nötige Aufklärung zur Schädlichkeit von Cannabisrauch). Der E-Zigarettenkonsum bei Jugendlichen und Gesundheitsrisiken durch Dampfen bleiben Medienthema. Daneben befasst sich die Presse mit der Entsorgung von Disposables, der Tabak-Regulierung im Ausland und neuen Entwicklungen, z.B. weiteren Konsumverboten für Tabak und E-Zigaretten in Italien.

Quelle: bild.de, welt.de, merkur.de, rnd.de, focus.de, merkur.de, stern.de, wiesentbote.de, radiorsg.de, radiorsg.de

2.4. EU, Europa und Übersee

Datum: 23.04.2024

Meldung: Das Europaparlament hat der Verpackungsverordnung PPWR (Report 214 ff.) zugestimmt. Damit weniger unnötige Verpackungen genutzt werden, darf der Leerraumanteil

26.04.2024

bei Transport-, Um- sowie E-Commerce-Verpackungen höchstens 50 Prozent betragen. Auch sollen 2030 sollen bestimmte Einwegverpackungen aus Kunststoff verboten werden. Zudem gibt es Vorgaben zur Recyclingquote. Bevor die neuen Regeln Kraft treten kann, muss auch der Rat zustimmen.

Das Europaparlament hat auch die EU-Lieferkettenrichtlinie gebilligt. Unternehmen werden verpflichtet, Standards wie das Verbot von Kinderarbeit, Ausbeutung und Umweltschutz über die gesamte Lieferkette hinweg einzuhalten, auch bei ihren Lieferanten. Die neuen Regelungen gehen in bestimmten Aspekten über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. Die Bundesregierung muss das Gesetz nun an die Richtlinie anpassen. Jedoch ist die Ampel-Koalition uneins. Es gibt eine Übergangsfrist von 2 Jahren.

Quelle: europarl.europa.eu, euwid-verpackung.de, neue-verpackung.de, europarl.europa.eu, handelsblatt.com, faz.net, spiegel.de

„Interventions such as increased e-cigarette prices and flavour bans can be effective at reducing vaping use, however, these measures are also associated with increases in smoking.“
RCP, 18.04.2024, rplondon.ac.uk

Datum: 19.04.2024, 16.04.2024, 05.04.2024, 08.04.2024

Meldung: Das britische Unterhaus hat in erster Lesung das neue Tabak-Gesetz gebilligt (Report 222ff.). Das Gesetz sieht vor, das Mindestverkaufsalter von derzeit 18 Jahren jährlich um ein Jahr zu erhöhen. Der Tabak-Kauf soll für alle ab dem Geburtsjahrgang 2009 untersagt werden. Zudem soll die Attraktivität von E-Zigaretten für Jugendliche

gemindert werden. Unter anderem sollen Geschmacksrichtungen und bunte Verpackungen eingeschränkt werden. Einweg-E-Zigaretten sollen mit einem separaten Gesetz ganz verboten werden. Nach der Befassung in den Ausschüssen kommt es zur weiteren Lesung. Danach wird sich das Oberhaus mit dem Gesetz beschäftigen. Insbesondere in der Regierungspartei wird das Gesetz kontrovers diskutiert. Gesundheitsschützer warnen vor den Lobbying-Aktivitäten der Tabak-Industrie.

Der britische Ärzteverband *Royal College of Physicians* (RCP) sieht in der E-Zigarette ein wirksames Mittel zum Tabak-Stopp und spricht sich für den Erhalt der Geschmacksvielfalt aus. Er weist daraufhin, dass Aromen nicht der Hauptgrund für Jugendliche ist zu dampfen. Das RCP mahnt, dass eine Einschränkung von Liquid-Aromen Dampfer zurück zum Tabak führen könnte und den Wechsel weg vom Tabak erschweren könne. Der Verband verweist auf den Harm Reduction-Effekt und plädiert für Regulierungen mit Außenmaß.

Eine Studie der Universität Sheffield ergab, dass wenn Großbritannien komplett rauchfrei würde, die Bürger 12,7 Mrd. € frei für andere Ausgaben hätten. Das wären umgerechnet 288 € pro erwachsenen Briten. Das würde letztlich der lokalen Wirtschaft zugutekommen.

Laut einer Erhebung der britischen *Tobacco Manufacturers' Association* (TMA) haben 2023 80 Prozent der britischen Raucher illegale Tabak-Waren gekauft. Ein Anstieg um 6 Prozent. Illegale Zigaretten kosten bis zu fünfmal weniger als Legale. Der Steuerschaden beläuft sich auf umgerechnet 3,3 Mrd. € im Jahr.

Quelle: tagesschau.de, merkur.de, t-online.de, welt.de, rnd.de, tagesspiegel.de, bild.de, stern.de, morgenpost.de, theguardian.com, rplondon.ac.uk, app.com.pk, conveniencestore.co.uk, theguardian.com, sheffield.ac.uk, tobaccocontrol.bmj.com

Das Arud Zentrum für Suchtmedizin in Zürich, eines der größten ambulanten Suchtzentren Europas, setzt beim Tabak-Stopp auf die E-Zigarette. Arud bewertet Dampfen ausgewogen: „Wenn man auf anderem Weg nicht zum Erfolg kommt, **braucht es einen schadensmindernden Ansatz. [...]** Für diese [Gateway-]Theorie gibt es **allerdings wenig Evidenz. [...]** Je mehr gedampft wird, desto weniger Zigaretten werden geraucht – auch bei Jugendlichen.“, so Co-Chefarzt Prof. Bruggmann.

Quelle: [medonline.at](https://www.medonline.at)

Datum: 22.04.2024, 17.04.2024, 15.04.2024

Meldung: Finnland will die Legalisierung von Pouches gesetzlich absichern und dazu das Tabak-Recht anpassen. Die Regierung hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf bei der EU notifiziert. Die Stillhaltefrist endet am 17. Juli. Bis dahin muss der Gesetzgebungsprozess ruhen. Die EU und andere Stakeholder können den Entwurf prüfen und Eingaben abgeben.

Schweizer Gesundheitsfachleute sorgen sich um den steigenden Pouches-Konsum, insbesondere bei Jugendlichen. Die Experten warnen vor möglichen Gesundheitsrisiken von Snus und Pouches und der mangelnden Aufklärung der Verbraucher. Neben Pouches werden auch E-Zigaretten kontrovers diskutiert. Letztgenannte aber durchaus auch

ausgewogen bewertet. Auch in Österreich hält die Polit-Kontroverse um Nikotin-Beutel an.

Quelle: ec.europa.eu, argoviatoday.ch, 20min.ch, srf.ch, suedostschweiz.ch, derstandard.de

Der Statistik-Dienst Statista hat eine Übersicht über die Dampferquoten bei Erwachsenen in den europäischen Staaten herausgegeben. Estland weist mit 10,4 Prozent die höchste und Österreich mit 0,4 Prozent den kleinsten Dampfer-Anteil auf. Deutschland befindet sich mit 3,3 Prozent im Mittelfeld. Jedoch sind einige Daten z.T. älter als 2019.

Quelle: [statista.com](https://www.statista.com)

Datum: 22.04.2024, 21.04.2024, 16.04.2024, 15.04.2024, 22.03.2024

Meldung: Die Niederländer umgehen das seit Jahreswechsel geltende Aromenverbot (Report 218). Entsprechende Liquids werden illegal unter der Hand an Kiosken und anderen Kleinverkaufsstellen sowie online gehandelt. Ausländische Online-Händler reagieren mit gezielten Angeboten für den niederländischen Markt auf das Aromen-Verbot. Zudem kaufen Niederländer aufgrund der erhöhten Tabak-

Steuer auch zunehmend Tabak-Waren im benachbarten Ausland.

Die spanische Regierung arbeitet weiter an der Ausweitung der Tabak- und E-Zigarettenregulierung. Darunter sollen die Angleichung der Regelungen für Tabak und E-Zigaretten, Plain Packs, die Ausweitung von Konsumverboten sowie die Änderung der Steuergesetzgebung umfassen. Gesundheitsministerin García zeigt sich zuversichtlich, die Regeln bis Jahresende in die Umsetzung zu bringen.

Frankreichs Gesundheitsministerin Vautrin fordert die EU-Kommission auf, sich rasch mit dem französischen Disposable-Verbot (Report 223) zu befassen, das sich derzeit im Notifizierungsverfahren befindet. In Neuseeland befürchten Tabak-Gegner, dass die Regierung die Tabak-Regulierung schwächen und ein Disposable-Verbot verschieben könne (Report 226).

Quelle: nltimes.nl, bbv-net.de, euractiv.com, twitter.com, mallorca-services.es

2.5. Fachcommunity

„If you smoke, you can reduce your outgoings by switching to e-cigarettes. This might be a helpful message in any future government campaign to get more people to stop smoking.“

Dr. S. Jackson (UCL), 23.4.2024, [bbc.com](https://www.bbc.com)

Datum: 23.04.2024

Meldung: Eine Studie der *University College London* (UCL) untersucht die Beweggründe zum Tabakstopp zwischen 2018 und 2023. Bis 2020 war jeder zweite Tabak-Stopp-Versuch durch gesundheitliche Gründe motiviert (51 Prozent), 20,2 Prozent durch soziale Faktoren, 19,9 Prozent durch Kosten, aber nur jeder sechste durch den Rat von Gesundheitsfachkräften

(16,5 Prozent). Der Anteil der durch die Kosten motivierten Aufhörversuche stieg (25,4 Prozent, 2023). Der Anteil der durch die Beratung motivierten Versuche sankt jedoch sichtbar (8,5 Prozent, 2023). Der Einfluss der Gesundheitsgründe bleibt nahezu unverändert.

Quelle: [bmj.com](https://www.bmj.com), [bbc.com](https://www.bbc.com)

„However, the reduction in mortality risk among current e-cigarette use in combination with former smoking compared with current exclusive smoking suggests that transitioning completely from cigarettes to e-cigarettes may be associated with mortality risk reduction.“ Xie, W. u.a.,

[sciencedirect.com](https://www.sciencedirect.com)

Datum: 22.04.2024, 04.04.2024

Meldung: Der vollständige Wechsel von Tabak zu E-Zigaretten kann das Sterblichkeitsrisiko um 36 Prozent verringern. Der parallele Konsum von E-Zigaretten und Tabak reduziert das Sterblichkeitsrisiko nicht. So eine internationale Studie, die Daten von über 145.000 US-Erwachsenen ausgewertet hat.

Quelle: [sciencedirect.com](https://www.sciencedirect.com), [oneshotmedia.fr](https://www.oneshotmedia.fr)

Datum: 22.04.2024

Meldung: Der Tabak-Experte Dr. Tobias Rütter (Universität München) äußerte sich auf dem Online-Suchtforum der bayerischen Heilberufe u.a. zu E-Zigaretten, HNB und Pouches. „*Alle neuen Konsumformen sind weniger schädlich als rauchen, aber schlechter als aufzuhören.*“, so Rütter. Seriöse Daten würden zeigen, dass man wohl mittels E-Zigaretten mit dem Rauchen aufhören könne. Man dürfe aber nicht vergessen, dass die meisten dieser Produkte von der Tabak-Industrie entwickelt würden. Und Langzeitfolgen seien noch nicht absehbar.

Quelle: [pharmazeutische-zeitung.de](https://www.pharmazeutische-zeitung.de)

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 25.04.2024, 05.02.2024

Meldung: Die WHO zeigt sich alarmiert über den Jugendkonsum von Alkohol, Tabak und E-Zigaretten und weiteren Suchtmittel. Es seien dringend Maßnahmen nötig, so ein neuer WHO-Bericht zum Jugendkonsum in Europa. 10 Prozent der Jugendlichen in den untersuchten Staaten haben in den letzten 30 Tagen mindestens einmal gedampft (30-Tagesprävalenz). Die 30-Tagesprävalenz bei Tabak liegt bei 8 Prozent.

Betrachtet man den E-Zigarettenkonsum der einzelnen untersuchten Altersgruppen in Deutschland, so variieren die Werte. Die Prävalenz bei den deutschen 15jährigen liegt über dem Durch-

schnitt aller Staaten in dieser Altersgruppe, bei den 13jährigen etwa auf dem Durchschnitt und bei den 11jährigen unter dem Durchschnitt. Ein Ähnliches Bild zeigt sich beim Tabak.

Vergleicht man die WHO-Angaben mit Angaben der [BZgA](#) (S. 24), so liegen die Prävalenz-Angaben der BZgA unter dem WHO-Ergebnis. Die Erhebungen wurden zu ähnlichen Zeiträumen durchgeführt.

Die WHO fordert:

- Steuererhöhungen
- die Einschränkung der Verfügbarkeit von Nikotin- und Tabakerzeugnissen
- Verbot aller Aromastoffe, einschließlich Menthol und synthetischer Menthol-Analoga, in allen Nikotin- und Tabak-Waren
- umfassendes Werbe-, Sponsoring- und Promotionverbot

Organisationen plädieren dafür Zigarettenfilter im Zuge der Verhandlungen zum [UN-Abkommen gegen Plastikmüll](#) zu untersagen bzw. strikt zu regulieren. Konventionelle Filter bestehen aus Celluloseacetat und werden nur langsam abgebaut.

Die WHO will 2 Expertengruppen beim FCTC-Büro einrichten, die sich mit neuen Maßnahmen zur Tabak-Kontrolle befassen sollen. Interessierte können sich bis zum 3. Mai bewerben. Die Gruppe soll der nächsten Mitgliederkonferenz einen Bericht über ihre Ideen für einen künftige Tabak-Kontrolle vorlegen.

Quelle: [who.int](#) (Bericht), [who.int](#) (Mitteilung), [faz.net](#), [sueddeutsche.de](#), [tagesspiegel.de](#), [welt.de](#), [ash.org](#), [twitter.com](#), [cte.sdsu.edu](#), [fctc.who.int](#)

Termine

 Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
ab 01.01.2024	Anhebung der Steuer auf Substitute für Tabakwaren auf 0,20 €/ml			
22.-26.04.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
24.04.2024	Webinar Planung und Optimierung im Handel	HDE	online	digitalzentrum-handel.de
26.04.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
27./28.04.2024	FDP-Bundesparteitag	FDP	Berlin	fdp.de
06.-08.05.2024	CDU-Bundesparteitag	CDU	Berlin	cdu.de
07./08.05.2024	Nonfood Kongress	dfv, Lebensmittelzeitung	Frankfurt a.M.	dfvcg-events.de
13.-17.05.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
17.05.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
31.05.2024	Weltnichtrauchertag	WHO	-	who.int
01./02.06.2024	Messe Hall of Vape	I. Simeonidis Eventmanagement e.K.	Stuttgart	the-hall-of-vape.de
02.07.2024	Sommerfest Parlamentskreis Mittelstand	PKM	Berlin	cducsu.de
03.-07.06.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
09.06.2024	Europawahlen	EU	EU	euro-parl.europa.eu
13.-15.06.2024	Global Forum on Nicotine	GfN	Warschau	gfn.events
10.-14.06.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
14.06.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
24.-28.06.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
01.-05.07.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
02.07.2024	PKM-Sommerfest	PKM	Berlin	pkm-sommerfest.de
05.07.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
01.09.2024	Landtagswahlen Sachsen und Thüringen	Sachsen und Thüringen	Sachsen und Thüringen	wahlen.sachsen.de , wahlen.thueringen.de
09.-13.09.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
16./17.09.024	Tobacco Harm Reduction Konferenz	SCOHRE	online	nosmokingsummit.org
22.09.2024	Landtagswahl Brandenburg	Brandenburg	Brandenburg	wahlen.brandenburg.de
23.-27.09.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
27.09.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
07.-11.10.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
14.-18.10.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
16.10.2024	7. Konferenz Tobacco Harm Reduction	ISFF (Prof. Heino Stöver)	Frankfurt a.M.	frankfurt-university.de
18.10.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
25.-27.10.2024	Deutschlandtag	Junge Union	Halle	junge-union.de
04.-08.11.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
11.-15.11.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
15.-17.11.2024	Bundesparteitag Bündnis 90/Die Grünen	Bündnis 90/Die Grünen	Wiesbaden	gruene.de
22.11.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
25.-29.11.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
02.-06.12.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
04./05.12.2024	22. Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle	DKFZ	Heidelberg	dkfz.de
20.12.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
16.-20.12.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de

Bilder: Stock-Fotografie-ID 511810498,

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.